

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, den 16. Januar 1889.

Nr. 26.

## Deutscher Reichstag.

20. Plenarsitzung vom 15. Januar.

Die Bänke des Hauses weisen noch ziemlich große Lücken auf, während die Tribünen sowie die Hosloge dicht gefüllt sind; auf der Journalistentribüne findet angesichts des vermehrten Zuhanges seitens des Publikums eine verschärzte Kontrolle statt.

Am Bundesratstische: Staatssekretäre von Bötticher, Graf von Bismarck-Schönhausen und Freiherr von Malzahn-Güly nebst Kommissarien; gegen 1½ Uhr erscheint der Reichskanzler Fürst von Bismarck im Saale.

Präsident von Leveyow eröffnet die Sitzung nach 1½ Uhr mit den üblichen geschäftlichen Mitteilungen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die Wahl eines Schriftführers an Stelle des aus diesem Amtt geschiedenen Abg. Dr. Tröndlin (natlib.); auf Vorschlag des Abg. Dr. Windthorst (Bentr.) wählt das Haus durch Aufflammanion den Abg. Dr. Meyer-Jena (natlib.) zum Schriftführer und erledigt sodann ohne Diskussion die dritte Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für das Etatjahr 1888—89 durch unveränderte definitive Annahme der Vorlage.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatjahr 1889—90 und zwar wird die Berathung bei dem Spezialatlas des auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Nach Bewilligung verschiedener Positionen bespricht Abg. Richter (freis.) bei dem Titel „Generalkonsul und Konsul für Sansibar“ die ostafrikanischen Wirren, für welche er in erster Linie die ostafrikanische Gesellschaft, sodann aber auch den Generalkonsul in Sansibar verantwortlich macht, dem die Unfähigkeit der Gesellschaft, die mit dem Sultan von Sansibar abgeschlossenen Verträge durchzuführen, nicht hätte verborgen bleiben dürfen; Redner will deshalb den Titel bis zur erforderlichen Klärung der einschlägigen Verhältnisse von der Tagesordnung abgesetzt wissen und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ob ein Generalkonsul oder Konsul beibehalten werden soll, ist eine Frage für sich. Bei der großen Entfernung ist die Kommunikation sehr schwer. Ein Konsul hat auch das Recht, in tropischen Gegenden mitunter auf Urlaub zu gehen, und auch das Recht, an dem Fleibe zu leiden und franz zu werden. Für unsere dortigen Interessen ist es nicht möglich, dass in dieser Zwischenzeit die konsularische Thätigkeit vollständig eingestellt wird oder durch jemand, der ganz neu in die Sache hineinkommt, ausgeübt wird. Auf die koloniale Erörterung, die der Abgeordnete Eugen Richter hier angeregt hat, gehe ich meinerseits in der heutigen Diskussion nicht ein. Wenn die Vorlage, die in Bezug auf die koloniale Frage hoffentlich heute oder morgen an den Bundesrat abgehen wird, von denselben nicht abgelehnt wird, so wird dieselbe Ihnen zur Diskussion unterbreitet werden, und dann wird Herr Eugen Richter die Gelegenheit nicht entgehen, sich auf die koloniale Seite der Frage einzulassen. (Bravo rechts.)

Nach einer Erklärung des Abg. Dr. von Bennigsen (natlib.), welcher als Vorsitzender der Budgetkommission darauf hinweist, dass in derselben über die in Rede stehende Position keine eingehendere Diskussion stattgefunden, wird der Titel unter Ablehnung des Antrages Richter gegen die Stimmen der Freisinnigen bewilligt.

Auf Anregung des Abg. Wörmann (natlib.), welcher bei den Positionen, welche die Gehälter der Beamten in den deutschen Schutzgebieten normieren, auf die Art und Weise aufmerksam macht, in welcher die Royal Niger Company die ihr gewährten Privilegien zum unterschiedlichen Nachteil der deutschen Interessen in Kamerun ausübt, und den Wunsch nach Regelung dieser Verhältnisse seitens der Reichsregierung äußert, giebt

Reichskanzler Fürst v. Bismarck eine Erklärung ab, in welcher er ausführt: Wir haben unsere Interessen durch Verträge sowohl im Kameruner Gebiet, wie in Westafrika zu schützen gesucht. Diese theoretischen Grenzlinien festzuhalten,

ist an sich sehr schwer, wie neuerdings die Vorgänge auf dem südwestlichen Gebiete zeigen. Die Kontrolle der englischen Regierung über ihre eigenen Unterthanen ist nicht immer so leicht, wie in einem kontinentalen und geordneten Staate.

Sie können nicht ein bestimmtes Verlangen an die englische Regierung stellen, dazu fehlt uns die vertragsmäßige Berechtigung. Die englische Regierung bewegt sich in ihren eigenen wirtschaftlichen Interessen der Royal Niger Company gegenüber. Das auswärtige Amt hat vor einigen Jahren bereits Gelegenheit gehabt, darauf aufmerksam zu machen, wie wenig das Vorgehen der Royal Niger Company mit ihrem sonstigen liberalen Verhalten übereinstimme. Wenn der Herr Vorredner mir darin sekundiren wollte, dass er seinen Einfluss in der englischen Presse geltend macht — eine Zeitungsinname wird oft mehr gehört, als die eines auswärtigen Gesandten, von welchem man immer annimmt, dass er lediglich die eigenen Interessen vertreibt — werden wir vielleicht einen Erfolg haben. Es ist ganz zweifellos, dass viele Engländer, die der Niger Company nicht angehören, dieselben Interessen haben, wie unsere Kaufleute. Ich bin dem Herrn Vorredner dankbar, dass er diese Sache von Neuem in Anregung gebracht hat. (Bravo! rechts.)

Graf Herbert Bismarck erklärt, dass zur Untersuchung der Beschwerden sowohl von englischer wie von deutscher Seite Berufebeamte dorthin geschickt werden sollen, um die Beschwerden zu untersuchen.

Abg. Richter (freis.) berührt die Frage des Branntweinhandels in den westafrikanischen Schutzgebieten, hinsichtlich dessen er statistisches Material verlangt; nachdem er sodann die von der Regierung in Westafrika befolgte Kolonialpolitik zu diskutieren sucht, fordert er auch Auskunft über die Verhältnisse des Slavenhandels in Westafrika, wo verselbst noch in Blüthe zu stehen scheine.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Der Herr Abg. Richter hat eine Frage berührt, die den Engländern nur in Jamaika 4 Millionen Pfund gelöst hat, d. h. den Freilauf der Slaven. Bei dem Gerechtigkeitszinne, der die Ausführungen des Herrn Abg. Richter auszeichnet, kann ich mir nicht denken, dass er vorausseht, wie sollen dies Verhältnisse plötzlich lösen. Damit würden wir alle die Hunderte von Millionen die noch in der Slaverie leben, vernichten, wir müssen daran festhalten, dass der Slave verhungert, wenn er aufhört, es zu sein. Wenn das seine Absicht gewesen ist, den Zunder weiter hinzuzuerwerben in das Land, als er sagte, dass das Verhältnis durch einen Gewaltkreis gelöst werden könnte ohne irgend eine Entschädigung, dann begreife ich seine Rede. Überall, wo man einen Stein in den Garten des Reichs werfen kann, greift man in der freisinnigen Presse mit beiden Händen zu und ist begeistert, wenn man einen Vorwand findet, dem eigenen Vaterlande Unlegitimen zu bereiten. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) weist darauf hin, dass die Franzosen viel mehr Geld für ihre Kolonien ausgetragen, als das deutsche Reich, welches wohl im Stande sei, mehr zu leisten. Der Branntwein spielt in Ost-Afrika keine Rolle, weil dort der Muhammedanismus vorherrscht.

Abg. Wörmann (natlib.) meint, dass der Branntweinhandel nur durch internationale Maßregeln verboten werden könne. Dass aus Deutschland mehr Branntwein exportiert werde als aus England, sei selbstverständlich, da Deutschland mehr Branntwein produziere. Dass die Handelskammer in Hamburg sich nicht mit Kolonialpolitik in ihrem Berichte beschäftigt hat, liegt daran,

dass im abgelaufenen Jahr dazu keine Gelegenheit war. Wir in Hamburg sind Kaufleute, wir wollen nur Handel treiben, aber nicht verwalteten. Das Geld für koloniale Unternehmungen ist wohl

in Deutschland zu haben, aber es fehlt an richtigen Personen. Die Personen, welche bereit

sind, in überseeische Länder zu gehen, verlangen

einen hohen, festes Gehalt. Wenn er einige Erfolge aufzuweisen sein werden, dann wird es

leichter sein, Geld und Personen zu finden, welche Opfer bringen wollen. Durch Alles, was man

Leute abgeschreckt; es gibt gewisse Zeitungen, welche sich freuen über jeden Misserfolg. Eigentliche Slaven gibt es in Westafrika nicht mehr. Wenn Herr Richter sich wieder mit kolonialpolitischen Vorlagen beschäftigt, sollte er sich etwas gründlicher unterrichten.

Abg. Richter (freis.) bemängelt die Darstellungen des Abg. Wörmann, der als Geschäftsmann bei den Schilderungen der westafrikanischen Verhältnisse allzu sehr interessiert erscheine, um als objektiv gelten zu können. Was die gerügelten Ausschreitungen der Presse betreffe, so müsse doch die offiziöse Presse zu viel erheblicher Unzufriedenheit Anlass geben, als die unabhängige; seine Partei sei stolz darauf, dass es noch eine unabhängige Presse gebe, welche den Mut habe, auch dem mächtigsten Manne in Europa, wenn es Noth thue, die Wahrheit zu sagen. (Beifall links, Gelächter rechts.)

Reichskanzler Fürst v. Bismarck wiederholt in Ansehung der kolonialpolitischen Seite der Diskussion seine Erklärung, dass er nicht glaubt, hente auf eine Kolonialdebatte eingehen zu sollen. Was seine Stellung zur Presse anlange, so sei ihm eine unabhängige Presse sehr wert, allein er bestreite, dass die dem Abg. Richter nahestehende Presse unabhängig sei und dass sie die Wahrheit sage.

Abg. Stöder-Siegen (cons.) tritt lebhaft für die Beseitigung des Branntwein-Imports in den deutschen Schutzgebieten ein und führt aus: Über die Branntwein-Einfuhr in den Schutzgebieten wird allerdings Klage geführt, während der Zustand der Slaverie von den Negern, wie allgemein versichert wird, nicht allzu sehr empfunden wird, auch bald von selbst aufhören wird, sobald die Slaverie keine Mittel mehr haben, die Slaven festzuhalten. Alle Missionssarbeit ist indessen verloren, wo die freie Schnapsfeinfuhr bei den Negern gestattet ist; am besten wäre es, den ganzen Schnaps-Import zu verbieten. Künstlich erhöhte Schnapspreise allein schützen nicht vor den unheilvollen Folgen der Schnapspest, wie man in Transvaal gesehen hat. Es entspricht aber nicht dem patriotischen Gefühl, wenn wir einzelnen Unzuträglichkeiten und Unfällen eine so bedeutende Tragweite beilegen, wie es die freisinnige Presse thut, die nur frei ist von Rücksichten gegen die Regierung und die Behörden und abhängig von dem Judentum, der Börse und dem Großkapital. (Beifall rechts.)

Nachdem darauf im Verfolg der Debatte Abg. Dr. Bamberger (freis.) seine kolonialfeindliche Haltung zu rechtfertigen versucht und

Reichskanzler Fürst v. Bismarck mit einer treffenden Charakterisierung der unpatriotischen Handlungsweise des freisinnigen Abgeordneten und seiner Genossen erwidert, erklärt der Reichskanzler auf eine Replik des Abg. Bamberger: Es sollte doch dem Vorredner klar sein, dass uns seine Ausführungen in dem gegenwärtigen Augenblick schädlich sind, wo die Verbündungen mit England schwanken, oder soll ich an den Gesandten in London telegraphiren: Lassen Sie die Sache fallen, der Abg. Bamberger wünscht keine Kolonialpolitik? (Heiterkeit.) Ich hoffe doch die Stellung des Herrn Bamberger soweit festgenagelt zu haben, dass Herr Bamberger es unternommen hat, die Rechte der Deutschen in Südwestafrika in Zweifel zu ziehen.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) macht dem Abg. Bamberger den Vorwurf, dass er und seine Gesinnungsgenossen wegen ihrer Haltung die Kolonialpolitik erschweren; die Opfer von Samoa gehören auch auf das Konto der Freisinnigen. (Widerspruch links; Bravo rechts.)

Abg. Dr. Bamberger (Deutschfreis.): Meine Stellung gegenüber Samoa ist bekannt; ich habe mit der Mehrheit des Hauses gegen die Inangriffnahme der Samoa-Angelegenheit gestimmt. Der Reichskanzler thut mir zuviel Ehre mit meinem behaupteten Einfluss auf die Politik an; vielleicht macht der Kanzler seinen Einfluss auf die reichen Leute einmal geltend, damit sie Geld für die Kolonial-Politik geben!

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Es bleibt die Thatache unanfechtbar, dass Herr Bamberger die Rechte der Deutschen in dem Mo-

mente bezweifelt hat, wo über dieselben verhandelt wird.

Abg. Richter (Deutschfreis.) weist darauf hin, dass vor einigen Jahren Fürst Bismarck erklärte, man müsse einen Reichskanzler fortsetzen, der auf das Unternehmen einer Privat-Gesellschaft hin Kolonial-Politik treiben wolle. Wenn wir Geld bewilligen sollen, müssen wir uns auch unterrichten können, wie die Dinge liegen; unklar liegt aber die Sache in Südwestafrika, und deshalb wünschen wir, die Abstimmung über die vorigen Bewilligungen bis zum Schluss der Budget-Berathungen ausgezögert zu sehen. Die Vorwürfe des Reichskanzlers über Mangels an Patriotismus müssen doch eine Grenze haben, wenn wir auch seine Gereiztheit wegen mancherlei Verkommenissen in der letzten Zeit begreifen; rein abenteuerliche Kolonial-Politik werden wir in derselben stets bekämpfen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck: Ich wundere mich über die Erregung des Abg. Richter: ein so hervorragender Mann, bedeutender Redner und Selbstherrscher der demokratischen Partei, der nur die Regierung zu kritisieren hat, vereinigt in sich zwei Leidenschaften, nämlich neben der Liebe zum Vaterland eine unüberwindliche Abneigung gegen den Reichskanzler. (Sehr richtig!) Was die Vorgänge in Samoa anbetrifft, so liegen nähere Berichte nicht vor; wir werden unsere Maßnahmen treffen, sobald nähere Nachrichten vorliegen. Der Kanzler polemisiert des Weiteren gegen den Abg. Richter, der lediglich seinem Freunde Bamberger Beifall leistete in dem Bestreben, die Rechte der Deutschen in Südwest-Afrika in Frage zu stellen. (Bravo rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Die Position wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats des auswärtigen Amtes.

Hierauf veragt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr.

Tagsordnung: Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats (Eisenbahnen, Post, Reichsdruckerei, Reichsamt des Innern, Reichsheer, Reichsfinanzamt).

Schluss 5½ Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 15. Januar. Im Abgeordnetenhaus ist heute der Gesetzentwurf betreffend die Theilung des Regierungs-Bezirks Schleswig eingegangen. Derselbe lautet:

S. 1. Die Kreise Oldenburg, Plön, Stadtkreis Kiel, Landkreis Kiel, Nendsburg, Norder-Dithmarschen, Süder-Dithmarschen, Steinburg, Segeberg, Stormarn, Pinneberg, Stadtkreis Altona und Herzogthum Lauenburg werden von dem Bezirk der Regierung zu Schleswig getrennt. Für den diese Kreise umfassenden Bezirk tritt eine Regierung mit dem Sitz zu Kiel in Wirksamkeit.

S. 2. Die Regierung zu Schleswig bleibt, bis zu einem durch Königliche Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkte, die Hinterlegungsstelle (Gesetz vom 14. März 1879, Gesetzsammlung Seite 249) auch für den Regierungs-Bezirk Kiel.

S. 3. Gegenwärtiges Gesetz tritt für die Provinz Schleswig-Holstein gleichzeitig mit dem Gesetz über die allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 in Kraft.

In Beziehung auf die Zuständigkeit hinsichtlich der vor dem betreffenden Zeitpunkte bereits anhängig gemachten Sachen tritt für den Regierungs-Bezirk Kiel die Bezirks-Behörde zu Kiel an die Stelle der Bezirks-Behörde zu Schleswig.

Zur Breslauer Reichstags-Erschöpfung bemerkt die „Nat.-Lb. Corr.“:

„Der Wahlkreis war bisher sozialdemokatisch vertreten. Doch war bei den Wahlen vom Februar 1887 der Kandidat der Kartellparteien mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl gekommen und dann mit einer geringen Stimmenmehrheit geschlagen worden. Stichwahl zwischen dem Sozialdemokraten und dem Kartellkandidaten statt des Deutschfreisinnigen wäre auch jetzt zu erreichen gewesen, wenn nicht die zünftlich-antisemitischen Franktireurs der konservativen Partei mutwillig sich abgesondert hätten. Sie haben es erreicht, dass nunmehr nur noch die Wahl

zwischen einem Deutschfreisinnigen und einem Sozialdemokraten ist, und zugleich haben sie durch die geringe Stimmenzahl, die sie auf ihren Kandidaten zu vereinigen vermochten, sich selbst ein beschämendes Zeugnis der Ohnmacht ausgestellt, zumal wenn man noch die Stimmen des Zentrums in Abzug bringt. Das Verfahren war um so unloyaler und tadelnswerther, als in dem andern Breslauer Wahlkreis ein deutschkonservativer Abgeordneter mit witsamer Hülfe der Nationalliberalen gewählt war. Wir machen aus diesem bedauerlichen Vorgang der deutschkonservativen Partei einen schweren Vorwurf. Sie mußte hintertreiben können, daß ein Theil ihrer Truppen mutwillig, um einer Laune zu fröhnen, fahnenstüchtig wird, sonst hat ein Zusammengesetzen mit einer solchen Partei praktisch keinen Werth. Was nunmehr die Haltung unserer Parteigenossen in der Stichwahl betrifft, so haben wir stets daran festgehalten, daß jede auf dem Boden der Staats- und Gesellschaftsordnung stehende Partei der Sozialdemokratie vorzuziehen ist, und wir hoffen, daß unsere Parteigenossen auch im vorliegenden Fall so viel Selbstüberwindung besitzen werden, den deutschfreisinnigen Kandidaten zu unterstützen. Schwer genug wird es einem freilich gemacht gegenüber einer Partei, die soeben noch die Parole ausgegeben hat: Lieber welsch als nationalliberal!

— Wir haben dieser Lage eine Berliner Mittheilung der Wiener „Polit. Korresp.“ über die Geffcken-Angelegenheit, nur weil sie allgemein in der Presse erwähnt wurde, wiedergegeben, aber mit dem Bemerkern, daß es nach bekannten neueren Erfahrungen sehr zweifelhaft sei, ob eine Mittheilung des genannten Organs als offiziös zu betrachten ist. Wie berechtigt dieser Vorbehalt war, ergiebt sich aus folgender, als autorisiert bezeichneten Erklärung im „Hamb. Korresp.“ gegen die „Polit. Korresp.“: „Die Untersuchung hat ergeben, daß kein einziger Mensch von der Absicht Geffckens Auszüge aus dem politischen Tagebuche zu publizieren, Kenntniß hatte, ja daß Niemand überhaupt wußte, daß Geffcken im Besitz dieser Auszüge war. Daraus ergiebt sich, daß die Behauptung, Sir Robert Morier habe zu jenen Personen gehört, ebenfalls unwahr ist. Die Untersuchung hat gar nichts über eine Korrespondenz zwischen Morier und Geffcken festgestellt oder auch nur feststellen gejagt.

— Ueber die Krankheit des Königs von Holland berichtet das „Nieuws van den Dag“ in Amsterd am Folgendes:

„Als die königliche Familie am 17. Mai auf dem Schlosse Loo ankam, dachte Niemand, daß der Aufenthalt daselbst so lange dauern würde, um so weniger, als Jedermann wußte, daß der König die Absicht hatte, die Sommermonate im Auslande zuzubringen. Das chronische Leiden war jedoch Ursache, daß das Reisen weniger wünschenswert erschien, und so ging selbst der 28. Dezember (der hergebrachte Tag der Rückkehr in die Residenz) vorbei, ohne daß von der Abreise die Rede sein konnte. Während der ersten Tage seines Aufenthaltes auf Loo fühlte sich der König bedeutend besser und die Folge war, daß er sich in der freien Luft ungehindert bewegen und mit der Königin im Park selbst kurze Spaziergänge machen konnte; bei der Feier der Geburtstage der Königin und der Prinzessin (im August) hörte er das bei dieser Gelegenheit veranstaltete Konzert, am offenen Fenster sitzend, an. Später kam jedoch die beunruhigende Nachricht, daß der Zustand sehr bejognischerregend sei, und wenn in den Zeitungen darüber auch unwahre und übertriebene Berichte verbreitet wurden, so steht doch fest, daß die Krankheit (Diphtheritis) sehr gefährlich war. Die Hofärzte von Blaanderen und Binkhuizen hatten eine schwere Aufgabe zu erfüllen, deren sie sich übrigens, auch nach dem Zeugniß des Prof. Dr. Rosenstein, in ausgezeichnet Weise erledigt haben. Den günstigen Verlauf hat in dessen der hohe Patient auch sich selbst zu danken, da er sich den Vorschriften der Aerzte bedingungslos unterwarf. Diese leste Krankheit hat den König indessen so angegriffen, daß er noch stets an Blutarmuth leidet, weshalb auch die Kräfte noch nicht zurückgekehrt sind, so daß Dr. van Blaanderen täglich auf dem Loo erscheint. In den letzten Tagen ist jedoch das chronische Leiden (Stein) wieder mehr in den Vordergrund getreten, weshalb der König heftige Schmerzen leidet und ununterbrochen sorgfältiger Pflege bedarf.

— Vor Kurzem gaben wir aus einer Petersburger Korrespondenz der „Königsh. Allg. Ztg.“ die Mittheilung wieder, der „freie Kosaf“ A. Tschinow werde als Schwindler verfolgt und habe sich der Verhaftung durch plötzliches Verschwinden entzogen. Wie man jetzt erfährt, ist er nach der ostafrikanischen Küste „verschwunden“ und befindet sich auf der Fahrt nach der französischen Station Obock an der Straße von Bab el Mandeb, von wo aus er ohne Zweifel Abyssinien zu erreichen gedenkt. Es wird darüber gesondert worden sei mit dem Bemerkern, daß die Preisrichter für dieselbe keine Verwendung gehabt hätten. Nach den übereinstimmenden Berichten der Fachblätter über diese Ausstellung hatte der Gartenbau in derselben überhaupt nur eine neben-

Die Beobachtung des ferneren Verhaltens der französischen Behörden dem Abenteurer gegenüber wird von ganz besonderem Interesse sein. Es wird sich aus demselben u. A. ein Rückschluß darauf ergeben, ob das „Verschwinden“ des angeblich wegen Schwundels verfolgten A. Tschinow aus Russland eine Komödie oder eine wirkliche Flucht war. In Rom scheint man nach der mitgetheilten Depesche zu der ersten Annahme sich hinzuzeigen. Vielleicht haben die französischen Behörden an der Küste des rothen Meeres bisher nur irrtümlich gehandelt. Die weiteren Nachrichten werden wohl bald Auflärung schaffen.

Bückeburg, 15. Januar. Se. Majestät der Kaiser ist Abends 6 Uhr hier eingetroffen und am Bahnhofe von dem Fürsten Adolf von Schaumburg-Lippe, dem Erbprinzen, den Prinzen Otto und Adolf, sowie von den Spielen der Behörden empfangen worden. Der Kaiser umarmte und küßte den Fürsten und fuhr nach kurzem Aufenthalte mit demselben durch die prachtvoll dekorirte und illuminierte Bahnhofstraße nach dem Schloß, woselbst um 8 Uhr das Galadiner stattfand. An demselben nahmen auch die fürstlichen Damen, ferner der Kommandeur des 7. Armeekorps v. Albedyll, der Oberpräsident Westfalens v. Hagemeister, Präsident v. Pilgrim aus Minden und die Spielen der Landesbehörden teil. Der Fürst dankte in einer Ansprache Sr. Majestät dem Kaiser für den Besuch und schloß mit einem Hoch auf Allerhöchsteselben. Sr. Majestät erwiderte etwa Folgendes: Er danke für den herzlichen Empfang, er verehre in dem Fürsten einen der ältesten Freunde und Kameraden Seines hochseligen Herrn Großvaters und bitte den Fürsten, er möge auch Ihm dieselbe Gestattung bewahren. Der Kaiser schloß mit einem Hoch auf den Fürsten und das fürlische Haus. Nach dem Diner fand ein Fackelzug statt, an welchem die Bürgerschaft, Vereine, Schulen und Fabriken teilnahmen. Als der Fackelzug im Innern des Schlosses ang langt war, erschien Sr. Majestät mit dem Fürsten und der Fürstin auf dem Balkon. Der Oberbürgermeister hielt eine Ansprache und brachte ein Hoch auf Sr. Majestät aus, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Die Stadt ist auf das glänzende illuminiert. Morgen findet eine Jagd auf Hirsche im Schaumburger Walde statt.

#### Ausland.

Paris, 14. Januar. In der Deputirtenkammer wurde die Debatte über das Webgesetz fortgeführt und errangen die Opportunisten einen bedeutenden Sieg, indem sie das Amendment Martin-Feuille durchsetzen, demzufolge die Jahres-Kontingente wie bisher in zwei Abtheilungen zerfallen sollen. Die erste besteht aus den niedrigsten Nummern und hat drei volle Jahre zu dienen. Die zweite ist zusammengefaßt aus den höchsten Nummern, deren Träger nach einjährigem Dienst bestimmt werden, so zwar, daß sie während der zwei übrigen Jahre zur Verfügung des Kriegsministers bleiben. Gegen diese Bestimmung lehnte sich Berichterstatter Major Laborde mit aller Energie auf: wenn sie durchdringe, so wäre es um die ganze Reform geschehen. Kriegsminister de Freycinet griff in die Debatte ein, um zu erklären, er hielt die Annahme des Amendments für notwendig. Nach den Voranschlägen des Budgets würde das Heer im Jahre 1890 aus 470,000 Mann bestehen, die Einverleibung der drei Kontingente aber 590,000 Mann ergeben, so daß für weitere 120,000 Mann gesorgt werden müßte, deren Unterhaltung eine Erhöhung der zuständigen Kreide um 50–60 Millionen erheischen würde. Also stände man vor der Wahl, diese Erhöhung zu bewilligen oder an der Theilung der Kontingente festzuhalten. Das Amendment wurde denn auch mit 412 gegen 139 Stimmen genehmigt und die ganze Vorlage in Folge dessen an den Ausschuß zurückgewiesen. Major Laborde, mit dieser Wendung unzufrieden, nahm seine Entlassung als Berichterstatter und ließ sich durch die Bitten seiner Kollegen, die ihn zum Bleiben aufforderten, nicht erweichen. Der Ausschuß trat zusammen, um einen neuen Berichterstatter zu wählen und die durch die Annahme des Amendments Martin-Feuille notwendig gewordenen Änderungen vorzunehmen.

#### Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Januar. In dem Engelschen Restaurant am Rosengarten verlehnte im Monat Dezember v. J. häufig ein junger Mann, der sich Kehler aus Borchim i. M. nannte und angab, in einer hiesigen Apotheke zu konditionieren. Derselbe machte eine Zechschuld von 61 Mark und versprach, am nächsten Tage das Geld zu zahlen, er ist aber seitdem nicht wiedergekommen. Die angestellten Recherchen ergaben, daß die über seine Persönlichkeit gemachten Angaben falsch sind und es ist deshalb gegen denselben Anzeige wegen Beleidigung erstattet.

— (Stettiner Gartenbau-Verein.) General-Versammlung vom 14. Januar. — Nach Eröffnung der Sitzung durch Herrn Koch und Verlelung des leichten Protocols wurde berichtet, daß dem Verein seitens des Executive-Komitees der internationalen Gartenbau-Ausstellung zu Köln die ihm auf sein Ansuchen gesetzte große Vermiel-Medaille wieder zurückgesondert worden sei mit dem Bemerkern, daß die Preisrichter für dieselbe keine Verwendung gehabt hätten. Nach den übereinstimmenden Berichten der Fachblätter über diese Ausstellung hatte der Gartenbau in derselben überhaupt nur eine neben-

zählige Rolle gespielt und so erregte es denn auch weiter kein allzu großes Versehen, daß die seitens des hiesigen Vereins gesetzte Medaille, trotzdem sie dem Ausstellungs-Komitee zur freien Verfügung überlassen war, seine Verwendung gefunden hatte. Ein mit Rücksicht hierauf gestellter Antrag, in Zukunft verartige Gesuche um Stiftung von Ehrenpreisen für auswärtige Ausstellungen überhaupt nicht mehr zu berücksichtigen, wurde denn auch mit der Motivierung abgelehnt, daß man die sonderbaren Vorgänge bei der Ausstellung in Köln andere Unternehmungen nicht entgehen lassen dürfe. — Die demnächst vorgenommene Wahl des Vorstandes ergab die unveränderte Wiederwahl der bisherigen Vorstandsmitglieder und zwar wurden gewählt: Herr Koch zum Vorstand, Herr Wiese zum Sekretär, Herr Schmerbach zum Schatzmeister und die Herren Kaselow, Gustav Schulz, Haggé und Kasten zu Beistern. — Hier auf erstattete Herr Schmerbach den Kassenbericht und wurden die Herren Rennier, Nischelsky und E. Krüger einstimmig zu Revisoren ernannt. — Der für das Jahr 1889 aufgestellte Stat wurde mit 3243 Mark 47 Pf. in Einnahme und Ausgabe unverändert debattlos genehmigt und ebenso die Anschaffung der von der Kommission zur vervollständigung der Bibliothek vorgelegten gärtnerischen Werke einstimmig bewilligt. Bei der Beratung über die Beschaffung der zur Unterhaltung der gärtnerischen Fortbildungskurse erforderlichen Mittel machte Herr Wiese der Versammlung die sehr erfreuliche Mitteilung, daß Herr Dr. Dohrn dem Vereine zu diesem Zweck ein namhaftes Geldgeschenk gemacht habe, wodurch es nun dem Verein ermöglicht worden sei, den gärtnerischen Fortbildungskursen ferner Bestand zu gewähren. Herrn Dr. Dohrn wurde hierfür der Dank der Versammlung durch Erheben von den Säulen ausgedrückt. Dank dem Entgegenkommen des Herrn Zelthenlehrer Schmidt und des Herrn Landschaftsgärtner Siebe, welch letzterer sich sogar erbot, den Feldmesser-Unterricht im Sommer unentgeltlich zu ertheilen, wird es sogar möglich, die erforderlichen Kosten durch die Zinsen aus dem obenerwähnten Geldgeschenk und dem vom Verein für Verbreitung von Volkssbildung noch zugesagten Zufluss nahezu gänzlich zu bestreiten. Mit Bezug auf den im vorigen Frühjahr im Dr. Dohrn'schen Park zu Höckendorf verübten Diebstahl an Koniferengrün theilte Herr Obergärtner Albrecht mit, daß die Bestrafung der beiden Diebe zu 1 Jahr Zuchthaus bzw. 6 Monaten Gefängnis nunmehr erfolgt sei; leider seien indeß die Hölzer leer ausgegangen, da es an einem der richtigen Form entsprechenden Strafantrage gefehlt habe. Es sei jedem Gartenbesitzer dringend zu empfehlen, bei jedem einzelnen Diebstahlsfalle, der in ihren Gärten vorkomme, sofort die energischsten Schritte zu thun und auch gegen die Hölzer die entsprechenden Strafanträge zu stellen, damit den Parkräubern und allen daran Beteiligten das Handwerk gründlich gelegt werde. Wie übrigens Herr Wiese mittheilen konnte, steht der bei der hiesigen Polizei-Direktion beantragt Erlaß einer Verordnung, be treffend die Einführung des Erwerbsnachweises für alles zur Krauthandrei verwendete Material in Kürze bevor. — Eine in Frage stehende Anfrage: „Auf welche Weise schützt man Obstbäume gegen das Anfressen der Hasen“ beantwortete Herr Albrecht dahin, daß man große Stämme am besten mit einem geeigneten Material, wie Rose oder Dorn, umbinden müsse; bei jüngeren Bäumen sei ein Bestreichen derselben mit Schweinsfett oder Speckwarte, oder mit einer Lösung von Kalk, Kloake und Blut oder dergl. mit Erfolg angewendet worden, indeß sei hierbei sehr vorsichtig zu verfahren, da einige Sorten, wie z. B. Grafensteiner Apfel, dies nicht vertragen könnten. Am sichersten sei es indeß immer, wenn man die Hasen durch in Zwischenräumen zu wiederholendes Klappern, Schießen oder ein sonstiges lautes Geräusch verjagen. — Nachdem auf Antrag des Herrn Albrecht-Höckendorf dem Vereinsvorstande für seine Mühewaltung im verflossenen Jahre der Dank der Versammlung durch Erheben von den Säulen ausgedrückt worden war, erfolgte Schluß der Sitzung.

Ausgestellt hatten: Herr Genssen-Gary a. O. prächtig entwinkelte Blumen von Maréchal Niel und Herr W. Schnell-Grabow a. O. 3 schön blühende, von vorzüglicher Kultur zeugende Einerarten; ferner hatte Herr Telton ein Exemplar von Pappes Raupenfalls vorgelegt, welche zum Einfangen der Raupen des großen und kleinen Frostspanners, sowie anderer Obstschädlinge sehr empfohlen würden und deren Vertrieb Herr Telton für Stettin und Umgegend übernommen hat.

Den Herren Genssen und Schnell wurde je eine Prämie zuerkannt.

— Das Konkursverfahren ist eröffnet über das Vermögen des hier selbst verstorbene Restaurateurs C. J. A. Eggert und dessen Wittwe Auguste geb. Ruschel, hier selbst; der Kaufmann Tripp ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. März d. J. bei dem hiesigen Amtsgericht eingureichen. Ferner ist über das Vermögen der Firma Rosenthal u. Cohn zu Köslin Konkurs eröffnet, der Kfm. F. Laurin in Köslin ist zum Konkursverwalter ernannt, Konkursforderungen sind bis zum 28. Februar bei dem dortigen Amtsgericht einzurichten.

#### Stadttheater.

Zum Benefiz für unseren Helden ten Herrn Hans Volte ging gestern Abend R. Wagner's „Tannhäuser“ zum zweiten Male in dieser

Saison in Scène. Bei der ersten Aufführung sang die Titelrolle ein Gast, Herr Erdmann, gestern der Benefiziant selbst. Waren wir sonst in der Lage, recht Gutes von Herrn Volte zu berichten, so müssen wir heute bedauern, daß der geschäftige Sänger an seinem Ehrenabende leider nicht so disponirt war, wie es das Publikum und wir wohl gewünscht hätten. Hat die Kälte vielleicht auch auf die Stimme eingewirkt, der Sänger blieb hinter den Erwartungen zurück, die man an Benefizabenden, wo der Künstler bestreit ist das Beste zu leisten, zu stellen berechtigt ist. Kurzum, Herr Volte zeigte wohl den guten Willen, aber damit müssen wir uns auch für diesesmal begnügen. Mögen ihm die vielen Spenden, die von zarten Händen ihm geworden, sowie das übervolle Haus, den Dank für seine früheren Leistungen ausdrücken. Die Beziehung der Oper war mit Ausnahme des Walter von der Vogelweide, welchen Herr Westberg mit Verständnis sang, die frühere, ein jeder war bemüht, zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Ganz besonders gut bei Stimme war Fräulein Calmbach als Elisabeth; wir haben uns gefreut, auch einmal wieder recht hübsche reine Töne von der Sängerin zu hören. Hatte die Presse vor einiger Zeit Gelegenheit genommen, die unreine Stimme des Orchesters zu rügen, so müssen wir heute wiederum Veranlassung nehmen, darauf zurückzukommen. Die Blechinstrumente stimmen zu tief gegen die Holzinstrumente, außerdem haben die Streicher auch ihre eigene, noch höhere Stimmung; hier muß einmal, soll das Publikum nicht auch noch mit verstimmt werden, gründliche Revision gehalten werden, damit die Harmonie in unserem Musentempel eine ungetrübte bleibe.

#### Aus den Provinzen.

Schwedt. Unser Dragoner-Regiment feiert am 24. April d. J. sein 20-jähriges Bestehen. Wie man hört, soll Sr. Majestät der Kaiser seinen Besuch zu diesem Feste in Aussicht gestellt haben.

#### Vermischte Nachrichten.

— Zu den Feierlichkeiten, welche anlässlich der Hochzeit des chinesischen Kaisers stattfinden, sollen nicht weniger als 40,000 Hornlaternen, 12,000 Glaslampen und 24,000 Stück gesticktes Seidenzeug zur Verwendung kommen. So meldet die chinesische Zeitung „Hu-pao“. — Einen grellen Gegensatz zu dieser Meldung bringt ein in London eingetroffenes Telegramm, wonach in den Thälern des Yangtsze und Hoangs eine furchtbare Hungersnoth ausgebrochen ist. Das in Shanghai gebildete Hilfskomitee wird auch versuchen, von Europa Beiträge zu erlangen, und der chinesische Gesandte wird sowohl in London, wie in Paris und New York Sammlungen anstrengen. In London dürfte der Lord Mayor die Sache in die Hand nehmen.

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

#### Telegraphische Depeschen.

Wien, 15. Januar. Weismayr, der Besitzer des Badeschlosses Gastein, ist gestern gestorben.

Lucern, 15. Januar. Der frühere Bundesrath und Bundes-Präsident Knüsel ist gestorben. Rotterdam, 15. Januar. (B. B.) Laut Mittheilung des „Nieuw Rotterdamsche Courant“ verschläft der König in häusige Delirien, der Schwächezustand sei ein derartiger, daß der König sich nicht einmal im Bett aufrichten könne. Da eine Genesung des Monarchen ausgeschlossen erscheint, so wird die Einsetzung einer Regentschaft der Königin Emma als unmittelbar bevorstehend betrachtet. Kaiser Wilhelm läßt täglich mehrmals über das Bestinden des Königs Bericht erstatten.

Paris, 15. Januar. Ein Haus in Marseille, im Stadtviertel Bellemai, welches von Italienern bewohnt wurde, ist heute Nacht eingesetzt. Sieben Personen haben ihr Leben eingebüßt, neun sind verwundet.

Petersburg, 15. Januar. (Telegramm der nordischen Telegraphen-Agentur.) Bei der vor gestern veröffentlichten Umwandlung der 20 im europäischen Russland bestehenden Schützenbataillone und einiger Reserve-Infanterie-Bataillone in Regimenter zu zwei Bataillonen handelt es sich nicht um eine neue Maßnahme, sondern vielmehr um eine solche, die bereits im Laufe dreier Jahre allmälig zur Ausführung gelangt ist. Der Erlaß der bezüglichen kaiserlichen Ordre bezweckt die Eintragung des Etatbestandes der genannten Truppenteile in das Reichsbudget.

#### Briefkasten.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß anonyme Briefe unberücksichtigt bleiben. — G. B. in Bredow. Es ist ganz gleichgültig, mit welchem Material die Skizzen hergestellt sind, schon eine Bleistift-Skizze genügt. — M. L. hier. Kaiser Wilhelm ist kleiner als sein Bruder, Prinz Heinrich, die genauen Maßverhältnisse können wir nicht angeben. — H. L. in P. Die betreffende Novelle beruht auf Phantasie und können Sie daher auch den Angaben über die Familie des Maire von Sedan keine Glauben schenken. — P. M. in Gollnow. Bütow (auch Neu-Bütow genannt) ist eine circa 2300 Einwohner zählende Stadt in Mecklenburg-Schwerin, 23 Kilometer nordöstlich von Wismar, 5 Kilometer von der Ostsee.



